

BEVORSTEHENDE GEMEINDEWAHLEN

## Die EVP im Wahlfieber

**Nach den ermutigenden Resultaten der EVP in diversen Gemeinden (siehe Artikel Seite 2) geht der Wahlherbst in die zweite Runde.**

Diese Wahlen sind nicht nur auf kommunaler Ebene, sondern ebenso im Hinblick auf die Grossratswahlen im März 2014 sehr wichtig. Der Artikel bietet einen Überblick über die Wahlgänge mit EVP-Beteiligung.



In **Büren an der Aare** tritt am **10. November** der ETH-Ingenieur und Betriebswirt Lukas Eschbach zur Wiederwahl in den Gemeinderat an. Er ist Vorsteher für Soziales und Gesundheit und will sich weiterhin für eine soziale und umweltverträgliche Gemeindepolitik einsetzen.



Am **17. November** finden in **Frutigen** die Wahlen statt. Die EVP tritt mit dem amtierenden Hans Peter Bach (Bild) und den drei weiteren

Kandidaten Markus Grossen (alt Grossrat), Dr. André Wehrli und Simon Hug (Vertreter der Jungen) zur Verteidigung der beiden bisherigen Gemeinderatssitze an. Im stillen Wahlverfahren wurde Konrad Klötzli (EVP) als Vize-Gemeindepräsident bestätigt.



Die EVP setzt sich in **Jegenstorf** für die Wiederwahl von Gemeinderat Robert Alder (Ressort Bildung und Kultur, rechts) ein. Mit Karin Rey (links)

strebt sie einen Sitz in der neu geschaffenen Bildungskommission an. Rey war bisher Mitglied in der aufzuhebenden Kindergarten- und Unterstufenkommission.



In **Konolfingen** will die EVP ihren Sitz im Gemeinderat verteidigen. Neben dem Bisherigen Hansjörg Kurt (Ressort Öffentliche Sicherheit, siehe Foto) treten Heinz Zingg, Patrick Schwarz, Monika Jufer, Therese Schürch und Monika Steiner für einen Sitz in der Exekutive an.



In **Wohlen** strebt die EVP bei ihrer zweiten Wahlteilnahme den erstmaligen Einzug in den Gemeinderat an. Zur Wahl treten

Bernhard Ninck (Bild links), Simone Leuenberger (rechts), Markus Gysin, Theodor Jutzi, Sara Ninck-Krähenbühl, Stefan Rätz und Hanna Gysin-Grunder an.



Am **24. November** tritt die EVP in Adelboden, Jegenstorf, Köniz, Konolfingen, Reconvilier (siehe Artikel unten) und Wohlen zu den Gemeindevahlen an.



Die EVP **Köniz** will nach vierjährigem Unterbruch wieder in den Gemeinderat (80% Vollamt) einziehen. Neben dem Spitzenkandi-



daten Hermann Gysel (Bild links) kandidieren Barbara Weiss-Zurschmiede, Bernhard Zaugg und Rolf Zwahlen. Fürs Könizer Parlament stellen sich neben den drei amtierenden Parlamentariern Hermann Gysel, Patrick Locher (rechts) und Bernhard Zaugg je 14 Frauen und Männer zur Wahl.



In **Adelboden** stellt sich René Müller zur Wiederwahl in den Gemeinderat. Der 45-jährige Hotelier steht seit 2010 dem

Ressort Gemeindeanlagen und -betriebe vor.

Philippe Messerli  
Geschäftsführer EVP Kanton Bern

## Élection à la mairie de Reconvilier

**Cornelia Vaucher, secrétaire du PEV Jura bernois et conseillère communale responsable de la santé et de la prévoyance sociale, se lance dans la course à la mairie de Reconvilier.**



Cornelia Vaucher





urnes pour élire le nouveau chef de l'exécutif. Mariée et âgée de 59 ans, Cornelia Vaucher est

maman de trois enfants adultes et grand-maman. Elle préside le Syndicat du service de l'emploi de la Vallée

de Tavannes et est membre du Conseil de Fondation de Pro Senectute Arc jurassien.

Patrick Gsteiger  
président du PEV Jura bernois

**Parolen zum 24. Nov. 2013**

	Einbürgerungsinitiative	NEIN
	Initiative «1:12»	NEIN
	Familieninitiative	JA
	Nationalstrassenabgabegesetz	JA

**Das kleinere Übel**

In der aktuellen Finanzsituation des Kantons geht es für das Parlament sehr oft um die Frage des kleineren Übels: Wollen wir zum Beispiel lieber eine grössere Verschuldung



des Kantons in Kauf nehmen oder sollen im Sozialbereich Leistungen gekürzt werden?

Beides sind Folgen, welche die EVP grundsätzlich ablehnt. Und man überlegt sich, ob es denn nicht einen dritten Weg geben könnte.

Na klar, denkt sich nun der eine oder andere: Wir erhöhen doch einfach auf der Einnahmenseite; sprich wir erhöhen die Steuern, damit wir keine erwünschten Leistungen kürzen müssen. Die Idee ist natürlich unpopulär – sowohl in der Bevölkerung wie auch im Parlament – und eine Partei muss sich auch überlegen, wie realistisch eine solche Forderung in einer Zeit des permanenten Steuerwettbewerbs zwischen den Kantonen ist.

Und so begibt sich auch die EVP-Fraktion immer wieder auf die Suche nach neuen Lösungsmöglichkeiten. Was die Sparbemühungen in diesem Herbst während der Novembersession betrifft, sind wir auf das folgende kleinste Übel gestossen: Die EVP wehrt sich gegen Kürzungen bei den Schwächsten (Behinderte, Pflegebedürftige) und fordert mehr Sparbemühungen bei der Verwaltung. Sollte sich zeigen, dass eine Neuverschuldung trotz allem nicht vermieden werden kann, ist die EVP auch zu einer befristeten Erhöhung der Steueranlage bereit.

Marc Jost, EVP-Grossrat und Regierungsratskandidat



**Erfreuliche bis sensationelle Resultate**

**Bei den Gemeindewahlen im September / Oktober verteidigte die EVP alle bisherigen Sitze und gewann neue dazu.**

In **Herzogenbuchsee** gehört die EVP zu den Gewinnerinnen. Der Einzug in den Gemeinderat bleibt der engagierten Ortspartei zwar mit 7% (+2%) noch verwehrt, dafür gewinnt sie zum ersten Mal einen Kommissionssitz: Regula Lüthi-Joss arbeitet neu in der Bildungskommission mit. Eine Sensation gibt es aus **Lyss**



Sara Schnegg

zu melden. Mit einem Stimmenanteil von 13,1% (+2,9%) steigert sich die EVP so stark, dass sie trotz Verkleinerung des Parlamentes von 47 auf 44 Sitze einen Sitz dazugewinnt. Nebst den Bisherigen Philippe Schenkel, Markus Minder, Hansueli Bourquin, Morena Beyeler und Jürgen Gerber nimmt neu Sara Schnegg (Tochter der EVP-Kantonalpräsidentin) im GGR Einsitz.

Sehr beachtenswert ist das EVP-Resultat in **Matten**. Bei der ersten Wahlteilnahme überhaupt erreicht die EVP 9,5% der Stimmen für den Gemeinderat

– ein Ergebnis von dem die EVP in anderen Orten noch träumt... Ausgezeichnet ist das Wahlergebnis in **Thunstetten**. Vier Jahre nach der Gründung gewinnt die EVP bei der Gemeinderatswahl 21% (+5,4%)



Christine Grogg

und bei der Schulkommission sogar 23,6% der Stimmen! Christine Grogg ist in den Gemeinderat wiedergewählt, Ruth Rentsch in die Schulkommission.

In **Nidau** trotz die EVP dem Ansturm der Rechtsparteien (+6 Sitze) und verteidigt die beiden EVP-Sitze im Stadtparlament. Die Stadträte Philippe Messerli



Philippe Messerli



Peter Lehmann

und Peter Lehmann sind wiedergewählt. Ebenfalls in seinem Amt bestätigt ist in **Oberdiessbach** der bisherige Gemeinderat Hanspeter

Schmutz. Mit einem Stimmenanteil von 12,5% (-5,2%) erhält die EVP genau ein Vollmandat. Wiedergewählt sind zudem Werner Dummermuth (Baukommission) und Hans-Martin Wüthrich (Kommission Tiefbau und Betriebe).



Hanspeter Schmutz

Bereits vor dem Wahltermin entschieden hat sich die Ausmarchung um das Gemeindepräsidium in **Grosshöchstetten**. EVP-Gemeinderat und Vizegemeindepräsident Martin Steiner wird mangels Gegenkandidaturen in stiller Wahl gewählt.



Martin Steiner

Mit Steiner übernimmt die EVP Grosshöchstetten erstmals das Gemeindepräsidium. Die EVP Kanton Bern gratuliert allen Neu- und Wiedergewählten ganz herzlich zur Wahl und wünscht ihnen viel Freude, Weisheit und Gottes Segen bei ihrer Tätigkeit.

Ruedi Löffel, EVP-Grossrat

**KANTONALE VOLKSABSTIMMUNG VOM 24. NOVEMBER**

**Unnötige Einbürgerungsinitiative**

**Am 24. November 2013 stimmen wir im Kanton Bern über die Volksinitiative «Keine Einbürgerung von Verbrechern und Sozialhilfebezügern» der Jungen SVP ab. Die EVP Kanton Bern lehnt die Vorlage einmütig ab.**

Die Initiative hat zum Zweck, dass die Einbürgerungspraxis des Kantons Bern verschärft wird. Namentlich sollen keine verurteilten Verbrecher und auch keine Sozialhilfebezügler eingebürgert werden können. Eine Verschärfung gegenüber der

gängigen Praxis würde aber laut Regierungsrat nicht stattfinden; er empfiehlt die Initiative daher zur Ablehnung. Die EVP-Fraktion lehnte die Initiative im Grossen Rat mit folgenden vier Argumenten ebenfalls ab: Erstens bringt die Initiative keine echte Verbesserung gegenüber der heutigen Praxis, zweitens wird die Gemeindeautonomie durch neue Vorschriften beschnitten, drittens enthält die Initiative unklare, schwammige Formulierungen und viertens ist die Verfassung aus Sicht der EVP der falsche Ort

für ein solches Begehren. Das Problem von zu leichtfertigen Einbürgerungen wurde erkannt. Auf Bundesebene sind gesetzliche Anpassungen im Gange. Dasselbe gilt für den Kanton Bern bezüglich des geforderten Niveaus der Sprachkenntnisse.



Melanie Beutler-Hohenberger

Melanie Beutler-Hohenberger  
EVP-Grossrätin

## Klares Ja zur Familieninitiative – trotz Einwänden

**Die EVP-Delegierten haben deutlich die Ja-Parole zum Volksbegehren «Familieninitiative: Steuerabzüge auch für Eltern, die ihre Kinder selber betreuen» beschlossen.**

Die Familieninitiative verlangt, dass Eltern, die ihre Kinder selber betreuen, für die Kinderbetreuung einen mindestens gleich hohen Steuerabzug erhalten wie Eltern, die ihre Kinder fremd betreuen lassen. Damit sollen Eltern einerseits frei entscheiden können, ob sie ihre Kinder selber betreuen oder fremd betreuen lassen wollen. Andererseits soll keine Form der Kinderbetreu-



ung steuerlich bevorzugt bzw. benachteiligt werden. Allerdings würde Letzteres mit der Familieninitiative wieder passieren, indem sie Berufstätige mit Fremdbetreuung benachtei-

ligt: Diese generieren ein höheres Einkommen und bringen dem Staat dadurch mehr Steuern ein; das Geld, das sie für die Kinderbetreuung einsetzen, steht ihnen aber nicht mehr zur Verfügung. Dies war auch

der Grund, weshalb der heutige Fremdbetreuungsabzug eingeführt wurde.

Die EVP-Delegierten nahmen die gerechtfertigten Einwände gegen die Familieninitiative der SVP

zur Kenntnis, gewichteten aber deren Grundanliegen höher und votierten klar für ein Ja. Dies im Bewusstsein, dass die Unterscheidung zwischen Selbst- und Fremdbetreuung nicht mehr zeitgemäss ist und dass für eine zielgerichtete, faire Unterstützung von Familien eigentlich die Kinderabzüge für alle erhöht werden müssten.



Daniel Steiner

Daniel Steiner  
EVP-Grossrat, Langenthal

## Wer soll das bezahlen?

**Es gibt gute Gründe, warum das Berner Volk die Vorlage zur Autobahnvignette unterstützen sollte. Mit dem Aufschlag werden v. a. sinnvolle Ausbauten finanziert und die Kostenwahrheit auf der Strasse verbessert.**

In der Septembersession legte der Grosse Rat für den Kanton Bern den Strassennetzplan für die nächsten Jahre fest und sprach dazu einen hohen Investitionsrahmenkredit. Dass der Bund einige bedeutende Strassenkilometer ins nationale Netz übernehmen will, ist dem Kanton Bern willkommene Entlastung in der aktuellen Finanzlage. Zudem stimmte der Rat der EVP-Planungserklärung zu, dass die Standards für Bau, Unterhalt und Substanzerhaltung der Kantonsstrassen um 10% gesenkt werden sollen.

Die Vignetten-Abstimmung ist nur ein kleiner Teilaspekt aus den vielen kommenden verkehrspolitischen Vorlagen: die Erweiterung des Nationalstrassennetzes und dessen Finanzierung. Bisher kantonal verwaltete Strassen im Umfang von 400 km sollen neu



Hans Kipfer

zum Autobahnnetz zählen und in die Verantwortung des Bundes übergehen. Im Kanton Bern betrifft dies u. a. den Abschnitt

Schönbühl-Biel und die Strecke Spiez-Kandersteg (Autoverlad Lötschberg). Weil der Bund für diesen Ausbau sowie den Betrieb und Unterhalt mehr Geld benötigt, soll der seit 1995 gleich gebliebene Preis der Vignette von 40 auf 100 Franken erhöht werden. Die erwähnten Ausbauten und Aufwertungen können nur finanziert werden, wenn wir dieser Preiserhöhung zustimmen – ansonsten verbleiben sie wohl in der Verantwortung der Kantone.

Die EVP empfiehlt sehr deutlich ein Ja zu dieser Vorlage, nicht weil wir mehr Strassen wollen, sondern damit die nötigen Strassen verursachergerecht finanziert werden und Mittel für die Folgekosten des Verkehrs verfügbar sind.

Hans Kipfer, EVP-Grossrat, Thun

## Bringt 1:12 faire Löhne?

**Die Volksinitiative 1:12 will gerechtere Löhne. In einer Firma soll im Monat niemand mehr verdienen als der Mitarbeiter mit dem tiefsten Lohn in einem Jahr.**

Das tönt eigentlich vernünftig. Besonders in KMU ist ein Lohnverhältnis von weniger als 1:4 die Regel. Wo liegt denn das Problem? Folgende Umsetzungsprobleme zeigen auf, warum die Annahme der Initiative nicht helfen wird:

- Die Lohnregel kann einfach umgangen werden. Durch die Auslagerung der Führung oder eines Niedriglohnbereichs kann das Verhältnis von 1:12 zurechtgebogen werden.
- Vor allem Geschäftsführer mit einem Aktienanteil von mehr als 10% können das Verhältnis von Lohn und Dividende anpassen. Bei einem tieferen Lohn entfallen den Sozialwerken Beiträge.
- Die Kontrolle und Ahndung der Vorschrift wird einen beachtlichen Aufwand verursachen. Wie bereits die Abzockerinitiative versucht auch diese Vorlage per Gesetz mehr

Gerechtigkeit in die Wirtschaft zu bringen. Überrasene Löhne sind ein ethisches Problem. Doch solche Fragen können nur schlecht mit Vorschriften bekämpft werden. Nebst anderen wirtschaftlichen Verfehlungen kann auch die Lohnfrage nur mit einer ethischen Wirtschaft gelöst werden. Als Parteimitglieder, Konsumenten und Geschäftsinhaber sind wir gefordert, an unserm Platz Verantwortung zu übernehmen. Wir entscheiden, wo wir unser Geld anlegen, wo wir einkaufen und welche Konzerne wir unterstützen.

Als EVP sollen, ja müssen wir uns für faire Löhne einsetzen, aber besser ohne 1:12-Initiative. Die Delegierten der EVP Schweiz empfehlen deshalb die Ablehnung der Vorlage.



Markus Wenger

Markus Wenger  
EVP-Grossrat, Spiez

# Im Zeichen der Sparmassnahmen

**Obwohl die Debatte zum Budget 2014 im November geführt wird, stand die Septembersession bereits ganz im Zeichen der geplanten Sparmassnahmen im Umfang von 450 Mio. Franken. Bei diversen Mittagsveranstaltungen lobbyierten Betroffene gegen Kürzungen.**

Bei der Beratung der Initiative zur Abschaffung der Handänderungssteuer wollte **Ruedi Löffel** mit einem Gegenvorschlag den finanziellen Schaden für den Kanton in engen Grenzen halten. **Markus Wenger** appellierte an den Rat: «Wenn man in den letzten Tagen mit einem Altersheimleiter, einer Behindertenorganisation oder einer Spitex-Angestellten gesprochen hat, so kann ich nicht verstehen, dass wir hier über eine Steuererleichterung von 25 oder gar 120 Mio. Fr. diskutieren. Es kann doch nicht sein, dass wir uns darüber Gedanken machen, wo wir Steuererlasse machen können, wenn die Not auf der anderen Seite dermassen heftig drückt.» Leider scheiterte der EVP-Gegenvorschlag mit 60 zu 65 Stimmen am Widerstand von SVP, BDP und FDP.

**Marc Jost** kämpfte für eine gerechtere Handhabung der Krankenkassen-Prämienverbilligung. Eine von Ruedi Löffel mit eingereichte Motion verlangte, dass Konkubinatspaare gegenüber Ehepaaren nicht länger bevorzugt werden. Für den Verzicht auf Alimenterborschussung bei wohlhabenden Obhutsberechtigten setzte sich **Melanie Beutler** ein. Der Rat überwies ihre Motion. In einer Motion forderte **Niklaus Gfeller** bessere mündliche Sprachkenntnisse als Voraussetzung für eine Einbürgerung. «Die mündliche Sprache ist das wichtigste Instrument für eine erfolgreiche Integration. Die Leute können nur dann bei uns heimisch werden, wenn sie mit der hiesigen Bevölkerung sprechen können.» Der EVP-Vorstoss wurde mit 101 zu 21 Stimmen angenommen. Beim Investitionsrahmenkredit 2014–2017 für den Strassenbau im Umfang von knapp 300 Mio. Franken vertrat **Hans Kipfer** einen Antrag für eine generelle Senkung des Kredits um 10%. Der Antrag wurde gegen den Willen der Regierung angenommen. Damit setzte der Rat ein deutliches

Zeichen dafür, dass im Hoch- und Tiefbau Sparpotenzial vorhanden ist. Mit einer als Postulat überwiesenen Motion forderte Hans Kipfer die Überarbeitung der Angebotsplanung im Heimbereich. In der 1. Lesung des Lehranstellungsgesetzes schlug **Daniel Steiner** vor, anfallende Rotationsgewinne zukünftig für Lohnmassnahmen bei Lehrpersonen einzusetzen. Die zuständige Kommission nahm das Anliegen ins Gesetz auf, was der Grosse Rat in der 2. Lesung oppositionslos bestätigte. Überwiesen wurde auch ein Vorstoss von Daniel Steiner, der die Einführung einer Praxisbewilligung für Ärzte fordert; damit kann besser gegen «schwarze Schafe» in der Ärzteschaft vorgegangen werden. Daniel Steiner und Ruedi Löffel verlangten Massnahmen, um den Einsatz von Zivildienstleistenden (Zivis) im Schulbereich zu ermöglichen bzw. zu unterstützen. Der Grosse Rat überwies den Vorstoss deutlich und schrieb ihm auch gleich ab, weil die Regierung versprach, hier aktiv zu werden. Eine überparteiliche Motion forderte, die Anordnung von

Fussgängerstreifen in Tempo-30-Zonen in die Verantwortung der Gemeinden zu delegieren. **Martin Aeschlimann**



Christine Schnegg

erklärte als Miteinreicher die oft schwierige Situation für Kinder und ältere Menschen, wenn an exponierten Stellen kein Fussgängerstreifen vorhanden ist. Der Vorstoss wurde als Postulat überwiesen. Beim Bericht «Evaluation Police Bern» setzte sich **Patrick Gsteiger** als ehemaliger Polizist für eine klare Abgrenzung der Kompetenzen der Kantonspolizei und der Gemeindeorgane im Sicherheitsbereich ein. Die EVP will nicht zum System «Gemeindepolizei» zurück. Der Bericht zur Armutspolitik nennt das Ziel, die Armut im Kanton Bern bis in zehn Jahren zu halbieren. **Christine Schnegg** unterstützte das Anliegen, dies mit moderaten Massnahmen zu erreichen. Vergebens wehrte sie sich gegen die Forderung einer Motion, die Sozialhilfe generell um 10% zu kürzen. In der momentanen Finanzlage des Kantons wird der Wind härter für Menschen am Rande der Gesellschaft!

*Christine Schnegg, Grossrätin und Präsidentin EVP Kanton Bern*

## KURZ-NEWS KANTON BERN

### EVP-Sektionen in Aktion

#### Maximal drei Amtszeiten

Die EVP Langenthal beteiligte sich an der Mitwirkung zur Teilrevision der Stadtverfassung. Sie schlägt für den Gemeinderat ein flexibles Modell mit einer fixen Anzahl an Gesamt-Stellenprozenten sowie eine Amtszeitbeschränkung von maximal drei Amtszeiten für Gemeinderäte und Stadträte vor.

#### Quo vadis, Nidau?

Immer wieder kommt eine Fusion der Stadt Nidau mit Biel aufs Tapet. Die EVP Nidau will aber, dass Nidau zuerst definiert, wohin es sich in den nächsten 10 bzw. 20 Jahren entwickeln will. Mit dem Postulat «Quo vadis, Nidau?» bittet die EVP den Gemeinderat,

eine strategische Zukunftsplanung mit Soll-Ist-Vergleichen und den daraus resultierenden Konsequenzen zu erarbeiten. Parallel zum Vorstoss befragte die EVP die Bevölkerung an einer Standaktion nach ihren Zukunftsvisionen.

#### Wechsel in Münchenbuchsee

Ulrich Zinder trat aus privaten Gründen aus dem Gemeindepalament von Münchenbuchsee zurück. Seine Nachfolgerin ist Christine Eckstein. Damit steigt die Frauenquote in der vierköpfigen EVP-Fraktion auf 75%.

#### Herbstmärit Ostermundigen

Am Herbstmärit-Stand der EVP Ostermundigen konnte sich die Be-

völkerung in einer mit einem Wettbewerb verknüpften Umfrage zum Sinn und Unsinn des Abbrennens von 1.-August-Feuerwerk äussern. Dies stiess auf reges Interesse. 251 Personen äusserten ihre Meinung. Die Auswertung wird in der Lokalzeitung «Bantiger Post» und auf [www.evp-ostermundigen.ch](http://www.evp-ostermundigen.ch) publiziert.

#### Risotto-Essen in Boll

Am Dorfmärit in Boll lud die EVP Vechigen zum Risotto-Essen. Zudem konnte am Stand über die Ortsplanungsrevision diskutiert und das Gespräch mit Fachleuten gesucht werden.

#### Lebensqualität in Worb

Die Gemeinde Worb bietet eine gute Lebensqualität, ohne Luxuslösungen zu haben. Wegen der fast 5 Mio. Fr., die ihr zur vollen Selbstfinanzierung jährlich fehlen, überprüfte der EVP-Vorstand die Ausga-

ben- und die Einnahmenseite. Fazit: Worb hat nach einer gescheiterten Ortsplanungsrevision und zwei kantonalen Steuergesetzrevisionen primär ein Einnahmenproblem, denn das schmerzhafteste Ausschöpfen des Sparpotenzials brächte knapp 1 Mio. Fr. Die EVP erachtet darum nebst dem sparsamen Haushalten eine tragbare Steuererhöhung als unausweichlich. Mit dem Wegzug von Lukas und Mirja Zimmermann-Oswald aus der Gemeinde Worb rutscht der 20-jährige Student Christopher Cetin ins Parlament nach.

#### Neues Präsidium in Belp

Nach 13 Jahren Amtstätigkeit trat Beat Spirgi als Präsident der EVP Belp zurück. Sein Nachfolger ist der 26-jährige Kaufmann und angehende Jurist Benjamin Gfeller. Die junge Generation engagiert sich vermehrt in der Partei.

## Patrik Locher, Liebefeld

**Der 23-jährige Patrik Locher ist Koordinator der Jungen EVP (\*jevvp) Kanton Bern, Co-Präsident des Jugendparlaments, Mitglied des Könizer Parlaments, der Einbürgerungskommission und der Feuerwehr von Köniz, Leiter der Jugendfeuerwehr und des Projekts Skatepark Köniz sowie Präsident des Freestylevereins Park im Park. Er studiert Chemie und molekulare Wissenschaften und ist im Vorstand der Fachschaft Chemie der Universität Bern.**

### Wie kamst du zur EVP und zu deinen politischen Ämtern?

Weil es in Köniz keine gute Möglichkeit zum Skaten gab, setzte ich mich als 14-Jähriger zusammen mit Kollegen in Briefen an die Gemeinde für einen Skatepark ein. Wir wurden aber nur auf die ungenügende mobile Anlage verwiesen. Dann hörte ich, dass man im Jugendparlament Ideen einbringen kann und dass dieses über ein Jahresbudget verfügt. So ging ich hin und wurde gleich Projektleiter für einen Skatepark. Bei der Umsetzung kam ich mit der

Gemeindepolitik in Berührung. Im Jugendparlament wurde ich später Kassier und bin jetzt Co-Präsident. Mit 17 Jahren begann ich mich für die breitere Politik zu interessieren. Ich verglich die Parteien und stellte fest, dass die Werte und Abstimmungsparolen der EVP mit meinen übereinstimmen. Ich ging an ein Schnee-Weekend der Jungen EVP und lernte super Leute kennen. So trat ich der EVP bei. Mit 19 Jahren wurde ich ins Gemeindeparlament gewählt. Dadurch kam ich in Kontakt mit der EVP Köniz und trat in deren Vorstand ein.

### Wie unterscheiden sich Jugendparlament und Gemeindeparlament und was nützt es dir, in beiden aktiv zu sein?

Das Jugendparlament ist sehr projektbezogen, bespricht die Ideen seiner Mitglieder und entscheidet, was es realisieren möchte – z. B. Spraywände, einen Skatepark, Podiumsdiskussionen, ein Filmfestival. Ab und zu werden im Plenum Stellungnahmen zu jugendrelevanten Themen oder Vorstösse ans Parlament erarbeitet. Das Könizer Parlament setzt nicht selber Projekte um. Weil ich

in beiden Parlamenten bin, kann ich jugendrelevante Themen des einen Parlaments direkt im andern einbringen. Darum muss ich im Könizer Parlament bei bestimmten Voten deklarieren, ob ich für die Fraktion, fürs Jugendparlament oder für mich selbst spreche.

### Wie erlebst du die Arbeit im Könizer Parlament und in der Fraktion?

Es ist cool im Parlament. Ich bin zwar mit etwa zehn Jahren Abstand der Jüngste, pflege aber einen freundschaftlichen Umgang mit allen Parlamentsmitgliedern. Wir können gut zusammen reden – auch mal über anderes als die Politik. In unserer Fraktion mit der CVP und glp kommt durch verschiedene Berufe und Hobbys ein breites Wissen zusammen. Das hilft uns, Hintergründe zu verstehen und uns eine Meinung zu bilden.

### Für welche Themen engagierst du dich im Gemeindeparlament?

Die Jugendanliegen bilden einen Schwerpunkt. Nach meiner Wahl fragte ich in einem Vorstoss, warum bei einem abgebrannten Jugendtreff vier Jahre lang nichts geschah. Einige Monate später kam ein Kreditantrag. Aktuell sind für Jugendliche eine Jobbörse und das Projekt Midnight Sports in Arbeit. Ein grosses Anliegen sind mir

auch Energiefragen. Ich reichte einen Vorstoss zum Urban Gardening ein, mit dem graue Energie vermieden werden könnte. Ich möchte auch, dass die Gemeinde Köniz beim Sanieren ihrer Gebäude Vorbild ist und jeweils eine Solaranlage integriert.



Patrik Locher

### Was ist deine Aufgabe in der \*jevvp Kanton Bern und welche Zukunftsvisionen habt ihr?

Als Regionalkoordinator vermittele ich den Medien und Veranstaltern von Podiumsveranstaltungen den Kontakt zu \*jevvp-Mitgliedern. Es ist auch meine Aufgabe, dass sich die Mitglieder kennenlernen und wir etwas unternehmen. Eine dritte Aufgabe ist das Erarbeiten von Meinungen und Verfassen von Medienmitteilungen. Dies alles bedeutet recht viel Aufwand. Wir bauen darum nun ein Regionalkoordinatorat auf, das diese Aufgaben untereinander aufteilt. Wir wollen aktuelle Themen pointiert kommentieren sowie den Zusammenhalt unter den Mitgliedern stärken und sie so zur Mitarbeit motivieren.

Interview: Christof Erne

## ZU BESUCH BEI

## Niklaus Gfeller, Worb

**Dr. Niklaus Gfeller studierte Chemie, arbeitete in der Forschung zur Nutzung der Sonnenenergie und wurde später Gymnasiallehrer für Chemie, Physik und Mathematik. Heute ist er vollamtlicher Gemeindepräsident von Worb und Mitglied des Grossen Rats des Kantons Bern.**

### Niklaus Gfeller, wieso lebst du in Worb?

Meine Vorfahren lebten schon in Worb und meine Familie lebt auf einem Grundstück, das mein Ururgrossvater Niklaus Gfeller 1870 gekauft hat. Von alters her sind wir auch Bürger von Worb. Die Gemeinde Worb ist vielfältig und

umfasst mehrere Dörfer rund um die grossen Ortschaften Worb und Rüfenacht.

### Welches sind wichtige Stationen in deinem Leben?

Während meines Chemiestudiums an der Universität Bern arbeitete ich als Aushilfe im Betrieb und in der Verwaltung der damaligen Verbandsmolkerei. Dies war für mich eine wertvolle Zeit. Nach Abschluss meiner Doktorarbeit war ich an der Universität fünf Jahre im Bereich der Nutzung von Sonnenenergie tätig, bevor ich Lehrer am Gymnasium Neufeld wurde.



Niklaus Gfeller

Schon mit 19 Jahren heiratete ich Brigitte, meine Frau, und ich bin 30 Jahre später immer noch glücklich über diesen Schritt. Wir durften in dieser Zeit fünf eigene und drei Pflegekinder auf dem Weg ins Leben begleiten.

Als Sechzehnjähriger besuchte ich eine Evangelisation in Worb. Ich fühlte mich von der Botschaft angesprochen. Seither ist mir der Glaube wichtig. Das «E» für Evangelium sollte für mich wegweisend bleiben. Die persönliche Beziehung zu Jesus Christus ist für mich das Wichtigste und hat mein Leben unermesslich bereichert. Natürlich sind auch die Wahl und die Wiederwahl zum Worber Gemeindepräsidenten wichtige Lebensstationen.

### Wie informierst du dich über die für dich wichtigen Aktualitäten?

Im Internet und in den Tageszeitungen.

### Welchen Termin lässt du dir nicht streichen?

Den Gottesdienst am Sonntagmorgen.

### Was magst du besonders und was gar nicht?

Mich freut es, wenn man mich als Menschen Niklaus Gfeller wahrnimmt und so behandelt. Aber ich mag es nicht, nur als Behördenvertreter, als der, «der doch alles machen muss», eingeschätzt zu werden.

### Angenommen du hättest die nötige Zeit dazu, was tätest du gerne?

Ich unternähme eine längere Reise zu Fuss; möchte spüren, dass des Menschen Mass der Fuss ist, und die Faszination der Langsamkeit erleben.

Interview: Peter Wichtermann

## Engagierte EVP-Politik

### AUS DEM NATIONALRAT

#### EVP fand Mehrheiten

Der Nationalrat nahm in der Herbstsession je eine Motion beider EVP-Nationalrätinnen an. Marianne Streiff (BE) verlangte, dass Eltern von Kindern mit einer Behinderung bei Bedarf rasch und unkompliziert Hilfe wie Spitex, Entlastungsdienste oder Telefonberatung beanspruchen können. Maja Ingold (ZH) forderte, dass der Bundesrat einen Aktionsplan zur Suizidprävention vorlegt und die zwei Hauptrisiken Depression und Vereinsamung angeht.

#### Arbeit für IV-Rentner/-innen

EVP-Nationalrätin Maja Ingold wollte in der Fragestunde wissen, was der Bund beim Umsetzen der IV-Revision 6a unternimmt, damit die Wirtschaft endlich mehr IV-Rentnerinnen und -Rentnern einen Arbeitsplatz anbietet.

#### Alkoholfördergesetz

Maja Ingold wollte die Alkoholverordnung an den Bundesrat zurückweisen, weil sie dem Zweckartikel nicht entspreche und die Prävention untergrabe. Doch der Nationalrat beschloss ein regelrechtes Alkoholfördergesetz. «So viel Schwachsinn wie während diesen drei Stunden im Nationalrat musste ich mir in zwölf Jahren im Berner Grossen Rat nicht anhören», ärgerte sich EVP-Grossrat und Präventionsexperte Ruedi Löffel, der die Debatte live mitverfolgte. Die EVP fordert Mindestpreise und ein Nachtverkaufsverbot – beides leicht umsetzbar und hochwirksam.

#### Prostitution und Pädophilie

Der Nationalrat stellte die Teenie-Prostitution unter Strafe und entspricht damit einem alten EVP-Anliegen. Bei der Beratung der Initiative «Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen» versenkte der Nationalrat einen guten Gegenvorschlag des Ständerats, der im Sinne der EVP das Anliegen der Initiative voll erfüllt hätte, ohne die Grundrechte

unverhältnismässig einzuschränken.

#### Waffenregister in der Schwebel

Erst stimmte der Nationalrat mit den Stimmen der EVP einem nationalen Waffenregister mit einer Stimme Unterschied zu. Bei einem Rückkommensantrag waren dann mehr Bürgerliche im Saal, und das bereits in Angriff genommene Register muss nun in der Wintersession neu beurteilt werden.

### AUS DER EVP SCHWEIZ

#### Stopp Menschenhandel

Die EVP hat sich dem Kampf gegen den Menschenhandel verschrieben. Zuerst wurden interessierte Kreise eingeladen, dann half die EVP im Frühling eine Retraite des europäischen Netzwerks ECPM mit zu organisieren. Im Herbst engagierte sich Nationalrätin Marianne Streiff an einem von der EVP organisierten Info-Abend in Bulle und an der StopArmut-Konferenz in Bern. Nun wird geprüft, mit welchen politischen Schritten die Schweiz den Menschenhandel bekämpfen kann.

#### Haushälterische Bodennutzung

Die EVP Schweiz wird Partnerin des neuen «Netzwerkes Haushälterische Bodennutzung» von diversen Organisationen aus Naturschutz und Landwirtschaft. Dieses engagiert sich für eine bodenschonende Raumplanung.

### AUS DEM KANTON BERN

#### Christliche Bezüge im Lehrplan

Aktuell läuft die Vernehmlassung zum Lehrplan 21. Dieser hat zwar einen kaum umsetzbaren Umfang, aber gar keinen christlichen Bezug. Die EVP Kanton Bern fordert darum in ihrer Vernehmlassungseingabe, dass im Bereich «Ethik, Religionen, Gemeinschaft» Bezüge zur christlichen Tradition der Schweiz aufgenommen werden, da deren Kenntnis unabdingbar sei fürs Verständnis

## Suchet der Stadt Bestes ...



Hans Peter Bach

Mit einem Blumenstraus in der Hand drücke ich auf die Klingel mit der Aufschrift «Emma Soundso». Ich kenne sie nicht, aber sie wird heute 90 Jahre alt, und ich will ihr im Namen des Gemeinderats zum Jubiläum gratulieren. Eigentlich habe ich mir ja mein Gemeinderatsmandat anders vorgestellt, wollte christliche Werte einbringen, mitgestalten und verändern. Aber nun stehe ich vor dieser Tür und warte. «Suchet der Stadt Bestes...» (Jeremia 29, 7) kommt mir grad noch in den Sinn, als eine alte, gekrümmte Frau langsam, aber bestimmt die Türe öffnet. Ihre Augen leuchten nicht und doch erkenne ich Freude und Aufmerksamkeit in ihnen. «Guten Tag, Frau Soundso, mein Name ist...». Vielleicht ein bisschen zu förmlich teile ich meine eingeübten Begrüssungsworte und überbringe ihr die besten Wünsche des Gemeinderats. Selbstverständlich habe ich noch Zeit für eine Tasse Kaffee und

bedanke mich auch ordentlich für die Einladung. Alles steht auf einem alten, kunstvoll verzierten Kaffeetisch bereit. Ich erkenne, dass ich erwartet wurde und dass alles mit viel Sorgfalt und Liebe vorbereitet ist. Ich fühle mich geehrt und willkommen. Das Gespräch nimmt seinen Lauf. Nach einer guten Stunde kenne ich ihre Enkel und Urenkel, weiss um die Lasten der Tage und die Beschwerden der Nacht, dass ihr Sohn schon lange den Fernseher reparieren sollte und dass ihre Geranien in diesem Jahr nicht so schön blühten wie im letzten. Nachdem ich mich verabschiedet und mich höflich für den Kaffee und den Kuchen bedankt habe, ist der Gedanke plötzlich wieder da: «Suchet der Stadt Bestes...». Ich glaube, dass ich soeben eine tiefere Bedeutung dieser Aufforderung von Jeremia erkannt habe. Begegnung und offene Herzen sind Gott lieber als Strukturen, Werte und Konzepte, mögen diese auch noch so fromm erscheinen. Ich freue mich auf den nächsten Besuch.

Hans Peter Bach  
Gemeinderat in Frutigen

unserer Gesellschaft, Geschichte und Kultur. Bereits 2009 hiess der Grosse Rat ein EVP-Postulat gut, das den Regierungsrat aufforderte, beim Lehrplan 21 auf die gebührende Berücksichtigung der christlichen Überlieferung und Tradition zu achten.

#### Neue Fachkommission

In der EVP Kanton Bern bildete sich eine neue Fachkommission für Finanzen und Volkswirtschaft. Ihr gehören an: Barbara Streit aus Bern (Präsidium), Grossrat Hans Kipfer und Susanne Gygax aus

Thun, Matthias Müller aus Köniz und Philippe Schenkel aus Lyss.

#### Einkommensschwache Familien

Eine vor einem Jahr vom Grossen Rat gutgeheissene Parlamentarische Initiative von EVP-Grossrat Daniel Steiner verpflichtet den Kanton Bern zur Unterstützung von Familien, die ihren Unterhalt trotz Erwerbstätigkeit nicht selbst bestreiten können (Working Poor). Nun will die zuständige Kommission aus Kostengründen auf die Umsetzung verzichten!

### Ich politisiere in der EVP ...

weil die biblischen Werte im Alltag umgesetzt langfristig eine gesunde und stabile Gesellschaft ermöglichen. Auf dieser Basis soll unser Land weiter gestaltet werden. In der EVP finde ich diese Grundhaltung und Gleichgesinnte. Da fühle ich mich am besten verstanden und kann meine Anliegen einbringen.

Bernhard Zaugg, EVP-Parlamentarier in Köniz



# Getroffen während der Session

«Galerie des Alpes» heisst das schöne Bundeshaus-Restaurant mit seinem atemberaubenden Ausblick auf das Marzili, den Gurten und die Berner Alpen. Für mich stets wieder ein wichtiger Treffpunkt für Arbeitessen, inspirierende Begegnungen mit Menschen, die mich besuchen, unterstützen, brauchen, herausfordern.

Gerne berichte ich hier für einmal von einer kleinen Auswahl persönlicher Begegnungen während der letzten Session im und ums Bundeshaus. Für die klassische Berichterstattung zu den Sessionsgeschäften verweise ich auf den aktuellen Bericht von Maja Ingold (EVP, ZH) und mir auf unseren Webseiten oder auch unter [www.evppev.ch](http://www.evppev.ch).

**José Mendes Bota**, Strassburg, General Rapporteur des Europa-Parlamentes für den Themenbereich Gewalt gegen Frauen, traf sich mit mir zu einer interessanten Unterredung. Er hat von der Annahme meines Postulates «Stopp dem Menschenhandel zum Zweck sexueller Ausbeutung» gehört. Zusammen mit ihm und dem Sekretär der europäischen Kommission für Gleichstellung und gegen Diskriminierung fand ein fruchtbarer Gedankenaustausch statt im Hinblick auf einen im Januar 2014 erscheinenden Bericht im Europa-Parlament. Herr Mendes setzt sich mit seiner Kommission europaweit ein für einen besseren Schutz der Frauen vor Menschenhandel und Gewalt.

**Otto Zwygart**, alt Nationalrat, lässt keine Session aus, Maja und

mir persönlich zu begegnen und uns zu versichern, dass er und seine Frau Lilly uns in ihrer Fürbitte durch die Session begleiten. Dieses einzigartige Getragensein von einer grossen Beterschar von Glaubensgeschwistern ist wohl etwas vom Kostbarsten. Ein herzliches Danke an alle, die im Gebet hinter uns stehen.

**9. Klasse des Oberstufenzentrums Belp**, eine unter vielen Schulklassen zu Besuch im Bundeshaus, auf der Tribüne und anschliessend zu einer Aussprache in einem grossen Fraktionszimmer. Ich freue mich immer über die gute Vorbereitung der Schulklassen und über die interessanten Fragen und den lebendigen Austausch.

**Fredy Brunner**, Stadtrat aus St. Gallen, war Hauptreferent an

einer aktuellen spannenden Mittags-Informationsveranstaltung zum Thema Tiefengeothermie zusammen mit Wolfgang Geisinger, Geschäftsführer des Vorzeigekraftwerks im Süden Münchens. Momentane Bilanz des Erdwärmeprojektes St. Gallen: Die Zwischenziele des Projektes wurden weitgehend problemlos erreicht und der vorsichtige Optimismus im Vorfeld der geplanten Tests wurde bestätigt. Ein Projektunterbruch zur Klärung aller anstehenden Fragen ist aber unerlässlich. Ich bin sehr gespannt auf die weitere Entwicklung.



Marianne Streiff-Feller

Marianne Streiff-Feller  
EVP-Nationalrätin

## Ich politisiere in der EVP ...

weil mir als Geschäftsführer eines KMU eine nachhaltige und gewerbefreundliche Entwicklung unseres Staatssystems wichtig ist. Die EVP ist genau in diesen Fragen konsequent am Arbeiten.

Markus Wenger,  
Grossrat und Unternehmer, Spiez



## EVP KANTON FREIBURG

# Ausflug nach Montmirail



Die EVP Kanton Freiburg besuchte die Kommunität Montmirail. Organisiert von Dorothee Wenk setzte sich eine bunt durchmischte Gruppe von EVP-Mitgliedern und -Freunden des Kantons Freiburg am 28. September 2013 Richtung Thielle-Wavre in Bewegung. Unter der fachkundigen Führung des Montmirail-Mitarbeiters Pavel Cerveny gab es einen Einblick in die «Don Camillo Kommunität». Diese hat verschiedene Arbeitszweige. Sie betreut das Gästehaus, organisiert thematische Veranstaltungen und unterhält und pflegt die historische Liegenschaft und

deren Umgebung. Ein weiteres Standbein ist mit der Obstplantage, der Milchwirtschaft und den Pferdestallungen die Landwirtschaft. Neu ist zudem die Umsetzung des Projektes «PerspectivePlus», in dem Jugendlichen in Zusammenarbeit mit der IV eine Erstausbildung ermöglicht wird. Ein Moment der Besinnung brachte die Teilnahme an einem der drei Tagzeitengebete, dem Mittagsgebet in der Kapelle. In der Regel leben vier Familien und einige Einzelpersonen hier im Vertrauen auf Gott und für den Dienst am Nächsten ihren christlichen Glauben. Eines ist sicher: früher oder später wird der eine oder andere Besucher an diesen Ort zurückkehren.

Mediendienst EVP FR  
Ruth Pellegrini

**Spendenbarometer**  
Regierungs- und  
Grossratswahlen 2014

Nötige Spenden:  
**138 000.-**

Stand  
10.10.2013:  
**23 236.-**

Am 30. März 2014 werden im Kanton Bern der Regierungsrat und der Grosse Rat neu gewählt. Damit wir die nötigen Werbemittel finanzieren und mindestens die zehn bestehenden EVP-Grossratsitze verteidigen können, benötigen wir noch Spenden in der Höhe von Fr. 114 764.-. Die EVP ist auf Ihre Mithilfe ganz dringend angewiesen.

Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!

## IMPRESSUM

**Redaktionsadresse:**  
Christof Erne, Könizstr. 83, 3008 Bern  
Tel. 031 991 78 91, [bepv@evp-be.ch](mailto:bepv@evp-be.ch)

**Inserate:**  
Philippe Messerli, [info@evp-be.ch](mailto:info@evp-be.ch)  
Mediendaten:  
[www.evp-be.ch](http://www.evp-be.ch) > Parteizeitung

**Geschäftsstelle:** EVP Kanton Bern  
Pf 294, 3000 Bern 7; [info@evp-be.ch](mailto:info@evp-be.ch);  
Tel. 031 352 60 61 (Mo, Mi Morgen, Do)

**Adressänderungen:** Bitte schriftlich an  
Werner Rieder (EVP Schweiz, Postfach 294,  
3000 Bern 7; [werner.rieder@evpbe.ch](mailto:werner.rieder@evpbe.ch))

**Jahresabonnement:**  
Mitglieder: Fr. 5.-; Freunde/Gönner: Fr. 3.-  
Postscheck 30-20312-1 (EVP)

**Druckerei:** W. Gassmann AG, Biel

**Versandarbeiten / Beilagen:**

Atelier Passage,  
Müllerstrasse 3,  
2562 Port,  
[www.atelier-passage.ch](http://www.atelier-passage.ch),  
[info@atelier-passage.ch](mailto:info@atelier-passage.ch),  
Tel. 032 331 66 55





## ÉNERGIE

### La stratégie du chauffage

**En Suisse, le chauffage des bâtiments et la production d'eau chaude sanitaire sont responsables de plus de 40% de la consommation d'énergie et des émissions de CO<sub>2</sub> – ce gaz qu'il faut cesser d'accumuler dans l'atmosphère parce qu'il entraîne d'inquiétants changements climatiques.**

Le chauffage alourdit non seulement le budget des ménages et des entreprises, mais aussi la balance commerciale du pays, car le mazout et le gaz doivent être importés. Or, à l'heure de réduire la consommation de ces combustibles fossiles pour protéger le climat, il faut aussi économiser l'électricité, car le Parlement suisse a décidé d'abandonner progressivement l'énergie nucléaire.

Quant au bois de nos forêts, énergie renouvelable locale, il n'y en

a pas assez pour couvrir l'énorme demande des bâtiments du pays, ce qui en fait une ressource précieuse.

Ainsi, le chauffage est devenu une question centrale dans l'architecture, l'urbanisme et la planification territoriale. Dans les grandes lignes, les objectifs de la Confédération et des cantons en la matière sont les suivants:

- Assainir les bâtiments mal isolés car ils consomment beaucoup
- Exploiter davantage les énergies renouvelables, valoriser tous les rejets de chaleur
- Améliorer le rendement des combustibles
- Développer les réseaux de chauffage à distance
- Planifier territorialement le chauffage à l'échelle d'une collectivité et sur le long terme

Pour les décennies à venir, les climatologues prévoient davan-

tage d'étés caniculaires, sans exclure des épisodes de grand froid. Les villes devront faire face à des problèmes croissants de surchauffe, à prendre en compte autant que le chauffage. Heureusement, des installations techniques innovantes peuvent rendre les bâtiments confortables autant en hiver qu'en été (par exemple certaines pompes à chaleur sont aussi utilisables pour amener la fraîcheur du sous-sol dans les locaux). Réduire les besoins d'énergie de chauffage des bâtiments et remplacer le gaz et le mazout par des énergies renouvelables ne profitera pas seulement au climat. La santé publique a tout à y gagner, car brûler des combustibles, c'est

forcément polluer l'air. Qu'il faille utiliser les énergies renouvelables, c'est une évidence! Nos ancêtres les ont toujours maîtrisées, avant ce siècle d'énergie facile et sa consommation irraisonnée de charbon, de mazout et de gaz. Aujourd'hui, nous reprenons la maîtrise de notre futur en réapprovoisant le renouvelable, mais avec de nouveaux besoins et, surtout, avec de nouveaux savoirs.



Patrick Gsteiger

*Patrick Gsteiger, conseiller en énergie et député PEV*

**Conseils en énergie**  
**Isolation des bâtiments**  
**Systèmes de chauffage**

**ece**  
Economie et Conservation de l'Energie  
2740 Moutier | 032 493 59 77 | ecesa.ch  
pomzed.ch

## VOTATIONS NATIONALES DU 24 NOVEMBRE

### Un petit non à 1:12, un grand oui pour la famille

**Le Parti Evangélique Suisse (PEV) rejette l'initiative populaire «1:12», parce qu'elle n'offre pas ce qu'elle promet. L'assemblée des délégués a par ailleurs accepté autant l'initiative populaire pour la famille que l'augmentation du prix de la vignette autoroutière.**

**L'initiative «1:12»** veut restreindre la fourchette des salaires dans une entreprise à 1:12. Cette initiative est facile à contourner, augmente la pression sur les bas salaires et engendre de lourdes pertes dans les impôts et les assurances sociales. Les délégués du PEV Suisse ont préconisé le non par 43 voix contre 34.

**L'initiative pour la famille** a pour objectif que les parents qui encadrent eux-mêmes leurs

enfants puissent avoir droit à au moins la même déduction de leurs impôts que les autres. Elle augmente donc la liberté de choix. Les délégués du PEV ont donc clairement décidé le oui par 57 voix contre 19.

**La vignette autoroutière** coûtera désormais 100 au lieu de 40 francs pour compenser les surcoûts au niveau des autoroutes. L'AD du PEV Suisse soutient le projet par 65 contre 5 voix pour

financer l'extension du réseau des routes nationales et améliorer la sécurité.

*PEV CH*

Mots d'ordre du 24 nov. 13		
	Initiative sur la naturalisation	NON
	Avenir institutionnel de la région interjurassienne	liberté de vote
	Initiative «1:12»	NON
	Initiative pour les familles	OUI
	Loi sur la vignette autoroutière	OUI